

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: Verquickung von Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik am Beispiel Basels

Autor(en): **Ehret, Rebekka**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **128 (2002)**

Heft 9: **Soziale Integration**

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80379>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Verquickung von Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik am Beispiel Basels

Nationalität oder Herkunftskultur wirken sich auf dem Wohnungsmarkt verstärkt diskriminierend aus, sobald die Integrationsproblematik in öffentliche Diskurse über Stadtaufwertung einfließt. Dem St.-Johann-Quartier steht zusammen mit der Realisierung der Nordtangente eine städtebauliche Aufwertung bevor. Wie aber erfahren die Ausländerinnen und Ausländer ihre Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt?

Basel¹ sieht sich – wie auch andere Städte – mit einer tendenziellen Abwanderung der Bevölkerung in die Agglomeration konfrontiert. Anders als in den meisten Städten jedoch bedeutet im Stadtkanton der Verlust der städtischen Bevölkerung den gleichzeitigen Verlust kantonaler Steuergelder. Diese Entwicklung fürchtend hat die Regierung in den letzten Jahren mit grossem Elan eine Reihe von Gegenmassnahmen in die Wege geleitet. Der allgegenwärtige *Save-our-city-Eifer* zeigt sich im Regierungsprogramm 1997–2001: die Basler Regierung hat in ihren Legislaturzielen für das Jahr 2001 die Bevölkerungs- und Stadtentwicklung als eines der vier Schwerpunktthemen von besonderer Aktualität verabschiedet. Um neue Wege in der Bevölkerungs- und Stadtentwicklungspolitik zu gehen, wurde einerseits das Projekt «Werkstadt Basel» lanciert, andererseits eine Migrationskommission gegründet und ein speziell für Migrations- und Integrationsfragen zuständiger kantonaler Delegierter eingesetzt. Drittens sollte mit einem Stadtteilentwicklungsplan den im Zusammenhang mit dem Bau der Nordtangente stehenden «Verslumungstendenzen» in Basel Nord entgegengewirkt werden.

Die beiden Felder Integrations- und Stadtentwicklung sind selbstredend eng ineinander verflochten. Die Studien des Nationalen Forschungsprogramms 39 (NFP 39) zu urbaner Integration haben beispielsweise deutlich gezeigt, dass eine dauerhafte sozio-ethnische Segregation nur dann verhindert werden kann, wenn in Güter investiert wird, die eine soziale Mobilität der Zugewanderten ermöglichen.² Zusätzlich wurde festgestellt, dass Integrationschancen sowie dynamische Prozesse bei kultureller Assimilation und sozialer (auch ethnischer) Gruppenbildung mehr als von Merkmalen der Stadtentwicklungspolitik von solchen der offiziellen Migrations- und Integrationspolitik beeinflusst werden.³ Das Integrationsleitbild Basel-Stadt definiert entsprechend Integrationspolitik als gesamtstädtisches Anliegen, da es sich bei der Integrationsproblematik um den verbauten Zugang zu gesellschaftlich begehrten Gütern auf dem Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmarkt handelt. Somit stellt sie ein strukturelles Problem dar, was sich auch in der sozialräumlichen Verteilung zeigt.⁴

Stadtreparatur durch Entwertungsdiskurs

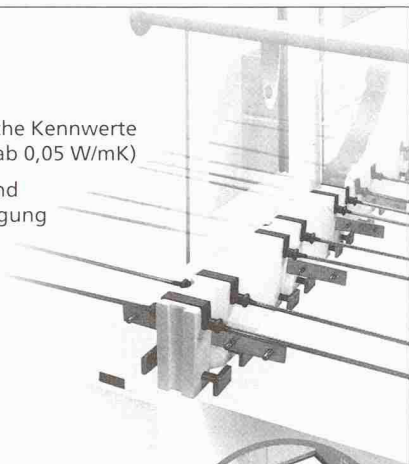
Das Vorhaben zur Reurbanisierung von Basel Nord stellt einen Bereich der Stadtpolitik zur Steigerung der Attraktivität des urbanen Raumes dar und ist im Zusammenhang mit dem Bau der Nordtangente notwendig geworden. Technisch gesehen verfolgt das Projekt das Ziel, das schweizerische Nationalstrassennetz mit der französischen Autobahn A35 zusammenzuschliessen. Aus der Perspektive der Stadtentwicklung steht einerseits im Vordergrund, dass sich damit die Verkehrssituation in Basel Nord verbessert, und andererseits, dass die Wohnqualität in den betroffenen Quartieren der Stadt steigt. Mit dem Bau werden die Lokalstrassenebenen (künftig «Boulevard Basel-Nord») verbessert und neue Randbebauungen ermöglicht. Dies

LASTO-THERMOKRAG

Kragplattenanschlüsse aus rostfreiem Stahl

NEU!

- ✓ Optimale thermische Kennwerte (lineare U-Werte ab 0,05 W/mK)
- ✓ Hohe Moment- und Querkraftübertragung
- ✓ Zeitsparende Montage am Bau
- ✓ Zusätzlicher Korrosionsschutz der Zugeisen



Neue Dokumentation ab sofort erhältlich!

PROCEQ SA
Riesbachstrasse 57
CH-8034 Zürich
Tel.: + 41 1 389 98 00
Fax: + 41 1 389 98 51
E-Mail: info@proceq.com

www.proceq.com

proceq

Auch samstags 9-12 Uhr geöffnet

NOVOBOX

Das richtige Raumangebot – Ihren Bedürfnissen entsprechend.
Einzelne oder beliebig zusammensetzbare Einheiten.

Geeignet auf
Baustellen für Wohnzwecke, Wasch- und Toilettenräume, Baubüro, Mannschaftsraum usw.
Sportanlagen für Umkleieräume mit Toiletten, Duschraum, Geräteraum usw.
Kindergarten für Garderoben, Arbeits- und Spielraum, Toilettenanlagen usw.

NovoBoxen sind verzinkt und einbrennlackiert, optimal isoliert mit Doppeldach, stapelbar, robust, praktisch, wirtschaftlich.

Lassen Sie sich von uns informieren. Wir haben den richtigen Raum für Sie.

MAX URECH
Lager- und Fördertechnik
CATERPILLAR Gabelstapler

U

5606 Dintikon
Tel. 056/616 70 10
Fax 056/616 70 20
<http://www.max-urech.ch>

soll nicht zuletzt eine auch steuertechnisch interessante Bevölkerungsgruppe anziehen oder in der Stadt halten. Bis heute weisen die Quartiere in Basel Nord einen im Stadtvergleich überdurchschnittlich hohen Ausländer- und Jugendanteil und eine unterdurchschnittliche Wohnsitzstabilität auf.

Durch die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelnde chemische Industrie, die man ebenfalls rheinabwärts lokalisierte (Schmutzwasser), entstanden im Norden Basels die Industrie- und Arbeiterquartiere, die jetzt im Volksmund «Ausländerquartiere» genannt werden. In Bezug auf die Stadtplanung verfügen sie über all jene Defizite, die eine «Reparatur» erfordern. In den öffentlichen Diskursen über diese Stadtteile werden – in Anlehnung an die nordamerikanische Diskussion – auch Begriffe wie «Ghettoisierung» und «Ghettos» verwendet, obwohl sie für die Beschreibung der Situation von schweizerischen Stadtteilen unangemessen sind. Hans Mahnig dagegen weist darauf hin, dass viele Studien zeigen, wie sich während der 90er-Jahre die sozio-ökonomische Segregation in den europäischen Städten verstärkt und dadurch auch die ethnische Segregation akzentuiert hat. In der Schweiz liegt dies grösstenteils in der offiziellen Zulassungspolitik begründet, die zu einer Unterschichtung der Schweizer Bevölkerung geführt hat.

Es kommt hinzu, dass Basel im Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen um den Wirtschaftsstandort kämpft. Hier werden Zeichen gesetzt: Im Reurbanisierungsprogramm enthalten ist auch die Idee der Zentrumsfunktion beispielsweise für die Gegend um den St.-Johanns-Bahnhof herum. Das Bild im Zusammenhang mit der Neuentwicklung und Aufwertung kann mit folgenden, eine neue Urbanität beschreibenden Begriffen charakterisiert werden: Toleranz und Grosszügigkeit, Internationalität und Solidarität, Sauberkeit ohne Sterilität, Jugendlichkeit und Durchmischung. Bedingt durch den Bau der Nordtangente, der sich aus politischen Gründen lange hinauszögerte, hat die Wohnlage im Quartier in den letzten Jahren eine gewaltige Abwertung erfahren und sich durch die Überfremdungsrhetorik noch verstärkt hat.⁵ So ist auf der einen Seite von «Verslumungstendenzen» die Rede, auf der anderen Seite wird das St.-Johann-Quartier im Stadtentwicklungsprogramm als Modellquartier propagiert, das durch die anstehenden Aufwertungsmaßnahmen an Wert gewinnen soll und damit endlich auch Mieterinnen und Mieter anziehen wird, die dem Zielpublikum (gute Steuerzahler) entsprechen. Teile der Quartierbevölkerung, insbesondere die Alteingesessenen, reagieren auf den öffentlich und halböffentlich geführten Schlagabtausch über Ab- und Aufwertung mit Abschottung und Rückzug oder mit offensiven Raumanprüchen. Die Planungsverwaltung spricht deshalb von einer neu zu schaffenden, modernen Quartierkultur, damit sich zudem eine eigentliche Quartieridentität entwickelt. Sie soll den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern ermöglichen, sich mit dem Quartier zu identifizieren. Es handelt sich also um zwei parallel verlaufende Prozesse, die sich vornehmlich auf der diskursiven Ebene abspielen:

Entwertungsdiskurs

Dem Entwertungsdiskurs der Eliten aus Politik und Verwaltung wird mit dem Sündenbock-theoretischen «Ausländerdiskurs» der «Bleibebevölkerung» (schweizerische und nichtschweizerische Alteingesessene) begegnet. Die sowohl in der Ab- als auch in der Aufwertungsrhetorik enthaltene Entwertung des eigenen, bis anhin selbstverständlichen sozialräumlichen Seins wird als Verlust von Ordnung und als Vernachlässigung oder Aufgabe seitens der Behörden interpretiert. Auf diese – teilweise auch – bekannte Abwertung von aussen («wir waren immer schon das Stiefkind der Stadt») reagiert die etablierte Bevölkerung schweizerischer, italienischer und türkischer Herkunft mit einer Binnenstärkung. Damit kann sichtbar Anderes («Frauen mit Kopftuch», «Gruppen von müssiggängigen jungen Albanern», «unerzogene Kinder der Alternativen» etc.) über eine Pars-pro-Toto-Verzerrung instrumentalisiert und gleichzeitig als vernachlässigbare Grösse abgestempelt werden («die ignoriere ich einfach»).

Degradierung

Die auch im St.-Johann-Quartier klar feststellbare ethnische Segregation lässt sich in einen direkten Zusammenhang bringen mit dem beschriebenen Entwertungsdiskurs, der mitverantwortlich für die Situation auf dem lokalen Wohnungsmarkt ist. Es gibt im Quartier regelrechte Durchgangszonen in prekären Wohnlagen, die als einzig mögliches Wohnangebot gegenwärtig vor allem Leuten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien ein Heim bieten. Die nationenübergreifend geführte Rede über die neuen, problematischen Gruppen hat hier dreifache Auswirkung: Erstens vernachlässigen viele Hausbesitzer der Prekärwohnhäuser ihre Immobilien, da sie sich auf ihre Klientel wegen der Nichtakzeptanz der meisten anderen Hausbesitzer verlassen können, was den Entwertungsdiskurs am Leben hält; zweitens werden die anderen Hausbesitzer in ihrer Annahme bestärkt, angesichts der sichtbaren Verwahrlosung keine Vertreterinnen und Vertreter von «problematischen» Gruppen als Mieterinnen und Mieter zu akzeptieren; drittens führt dies zur Fixierung der Wahrnehmung des Quartiers als Durchgangsraum (hohe Mobilität), was die Behörden wiederum in ihrer Annahme bestärkt, das Quartier verfüge über keine Quartieridentität; dies hindere die Bewohnerinnen und Bewohner daran, einen Lokalbezug zu schaffen und dem Quartier eine Identität zu geben.

Erfahrene Diskriminierung

Erhöhte Mobilität lässt sich entweder als Verbesserungsstrategie der Lebensqualität oder aber als Umzugsdruck aufgrund von Spekulations- oder Abrissobjekten auf dem Wohnungsmarkt interpretieren. Anhand des vorliegenden Beispiels kann der Mikroprozess dargestellt werden, dessen es bedarf, damit es überhaupt zu einer erhöhten Mobilität der ausländischen, insbesondere der noch nicht länger ansässigen Gruppierungen kommt.⁶ Ein junger, aus der Türkei stammender Mann, der siebenjährig in die Schweiz gekommen ist, erzählt, dass seine Eltern ihn bewusst bei den Grosseltern in

Istanbul gelassen haben, da sie selbst nur eine kleine Wohnung im St.-Johann-Quartier hatten. Die Kinder zogen 1979 nach, als die Eltern in der Entenweidstrasse eine Dreizimmeraltbauwohnung beziehen konnten. Der Hauseigentümer war nett und die Miete nicht zu hoch (zwischen 600 und 700 Franken): «... denn er (der Hausbesitzer) hatte gewusst: das ist eine Altbauwohnung. Es war alles kaputt. Er hat gesagt, mehr könne er nicht verlangen. Wenn man zum Beispiel bei den Kanten oben die Tapete runterholen wollte, dann ist der ganze Gips runtergekommen.» Dann starb der Besitzer 1992, und das Haus wurde an den Inhaber eines Malergeschäfts aus dem Kleinbasel verkauft. «Der hatte gemeint, er könne das günstig kaufen, ein wenig renovieren und dann teuer verkaufen. Er hatte es schon in der Zeitung.» Da er nicht verkaufen konnte, hat er weiterhin kleine Renovationen durchgeführt und den Mietzins erhöht. «Keiner hat reklamiert, weil alles Ausländer waren. Sie hatten sich nicht getraut zu reklamieren.» Er erzählt weiter, wie der neue Hausbesitzer billige Schwarzarbeiter angestellt hatte, die die Renovationen in den Randstunden und während der Nacht durchführen mussten, und auch, wie dieser seiner Familie kündigen wollte. Den Abschnitt über die Verhältnisse schliesst er mit den folgenden Aussagen: «Er war ein Lügner, aber eben, das St. Johann ist schön gewesen. Ich bin gern dort gewesen. Ich war dort daheim.»

Nachdem das Tonband abgestellt war und das Interview beendet, erzählt er, dass er gerne im St.-Johann-Quartier weitergewohnt hätte, auch nachdem er geheiratet und seine Frau ein Kind bekommen habe. Sie fanden jedoch keine «anständige» Wohnung, die ihrem Status entsprochen hätte. Sobald die Vermieter ihren Namen sähen oder seinen (ganz minimen) Akzent hörten, sei die Wohnung immer schon vergeben. Er arbeitet bei der Post, hat ein geregeltes Einkommen, und die Frau arbeite ebenfalls. Er ist offensichtlich schon als Kind mit der Vorstellung gross geworden, dass man als Ausländer «unten durch» muss, sich jedoch nicht vom «richtigen» Weg abbringen lassen darf, da integrires Verhalten irgendwann einmal zum Ziel führt.

Es handelt sich hier also um einen nicht simultan stattfindenden sozialen und räumlichen Aufstieg. Den sozialen Aufstieg hat er geschafft, und er grenzt sich stark von seinen Eltern ab. Das, was sie noch erduldet hätten (hohe Mieten, abschätziges und diskriminierendes Verhalten ihnen gegenüber und anderes), lässt er sich nicht mehr bieten. Der Wertekodex (Leistungsorientiertheit, Integrität, Verantwortung anderen Mitmenschen gegenüber) bleibt erhalten, die Erwartungshaltungen sind verinnerlicht worden, der Umgang mit sozialräumlich relevanten Rollen wird jedoch reflektiert, und es findet eine Auseinandersetzung mit den möglichen Angeboten statt. So ist es für ihn klar, dass er das für «die Ausländer» gängige Angebot der überbezahlten Wohnungen mit schlechten Ausstattungen, die sich zudem an einer Lage befinden, die Lärm, Verkehr und Gestank und damit auch eine allgemeine Gefährdung mit sich bringt, nicht akzeptiert. Er hätte es auch den Eltern gegönnt, in eine bessere Lage im Quartier zu ziehen. Als sich ihnen aber

eine Umzugsmöglichkeit anbot in eine alternative Wohnsiedlung im Quartier, deren deklarierte Politik es ist, auch an Ausländer zu vermieten, krebste die Mutter aus Kostengründen zurück. «Die wollte immer nur sparen, sparen.» Er selbst hätte die Wahlmöglichkeit wahrgenommen, den Preis für die ruhige Lage und die bessere Ausstattung zu bezahlen. Der Zugang zu anderen tauglichen Wohnungen sei weiterhin verwehrt geblieben, sowohl für die Eltern als auch für ihn und seine Frau. Konsequenterweise ist er dann in ein anderes Quartier gezogen, obwohl er viel lieber im «St. Johann» geblieben wäre.

Er hat seine Position im sozialen und sozialräumlichen Feld verbessert. Er ist aufgestiegen. Er fühlt sich als «Basler» und als St.-Johannler, was auch meint: rechtschaffen, ordentlich, integer, aufstrebend, stetig, unauffällig. Für ihn hat das etwas mit der «Liebe zum Ort» zu tun. Er hat ihn gefunden, er hat Erfahrungen gemacht, die ihn dazu gebracht haben, sich aktiv und reflexiv mit gewissen Werten und Verhaltenserwartungen auseinander zu setzen, und das eben auch bezüglich des Raumes, den er sich angeeignet hat und mit dem er sich eigentlich identifiziert. Das physische Niederlassen bleibt ihm jedoch verwehrt, obwohl er seine formativen Jugendjahre draussen auf den Strassen und den Plätzen im Quartier verbracht hat. Er sagt, dass es im St.-Johann-Quartier schön sei, da fühle er sich zu Hause. Er findet, er habe es «verdient», eine seinen Leistungen und seinem Verhalten angemessene Wohnung zu bekommen, und eben nicht eine, die den anderen, «den Ausländern», zugehalten wird.

Sich selbst zählt diese Person zu den Ansässigen, zu den Etablierten, zu den Stablen. Er ist ein Bleibender, obwohl er statistisch gesehen ebenfalls zu den Personen gehört, welche die relativ hohe Bewohnerfluktuation ausmachen.

Schlussbemerkung

Die räumliche Konzentration von Zugewanderten liegt, wie gezeigt, in den Zugangsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt begründet und hat gleichzeitig ihre Ursachen in der sozialen Ungleichverteilung, die sich ihrerseits jedoch transethnisch präsentiert. Durch die Praxis der Zuwanderungsreglementierung hat sich aber eine Unterschichtung der Schweizer Bevölkerung ergeben, was sich nun wiederum in der Korrelation von ethnischer Zugehörigkeit und sozio-professioneller Kategorie zeigt. Ethnische Konzentrationen in bestimmten Wohngebieten lassen sich entsprechend nicht auf freie Entscheidungsstrategien zurückführen, sondern sind auch vom Miteinbezugs soziostruktureller Zwänge abhängig.

Anmerkungen/Literatur

1 Meine Ausführungen stützen sich auf Resultate der Basler Studie des NFP(Nationalen Forschungsprogrammes)-39-Projektes «Integration – Segregation: Interkulturelle Beziehungen in drei Schweizer Städten» (Basel, Bern und Zürich) und auf meine Erfahrungen als Wissenschaftliche Beraterin des Kantonalen Migrationsdelegierten Basel-Stadt, in dessen Auftrag ich ein Leitbild und Handlungskonzept zur Integrationspolitik für die Kantonsregierung verfasst habe und weiterhin die Entwicklungen in diesem Feld beobachte (vgl. Ehret 1999 und Ehret 2001).

2 vgl. Mahnig 2000.

3 vgl. Wimmer, Ehret, Karrer und Stienen 2000.

4 Ehret 1999, S. 3ff.

5 Das Quartier weist einen Ausländeranteil von rund 40 Prozent auf, wobei zu betonen ist, dass etwa die Hälfte der ausländischen Bevölkerung in Basel entweder in der Schweiz geboren ist oder seit mehr als 15 Jahren hier wohnt.

6 Wie sowohl in Bern als auch in Basel festgestellt, ist dieses Einzelbeispiel typisch und durchaus repräsentativ (vgl. Bericht Stienen in: Wimmer, Ehret, Karrer und Stienen 2000).

Ehret, Rebekka: Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrats zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt. Basel: Polizei- und Militärdepartement, 1999.

Ehret, Rebekka: In-Differenz-Leben. Die geteilte Welt im St. Johann. Schlussbericht für die Teilstudie Basel des Forschungsprojektes Integration – Segregation: Interkulturelle Beziehungen in Basel, Bern und Zürich. Basel: Manuskript, 2001.

Mahnig, Hans: Ethnische Segregation als Herausforderung städtischer Politik. Thesenpapier für den Besuch der Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich im Schweizerischen Forum für Migrationsstudien. Neuenburg: Manuskript, 2000.

Marschall, Wolfgang: Wozu die Kulturwissenschaften da sind. In: Anderegg, Johannes und Edith Anna Kunz (Hrsg.). Kulturwissenschaften, Positionen und Perspektiven. Aisthesis-Verlag, Bielefeld 1999. S. 10–30.

Wimmer, Andreas, Rebekka Ehret, Dieter Karrer und Angela Stienen: Integration – Segregation. Interkulturelle Beziehungen in Basel, Bern und Zürich. Basel: Schlussbericht NFP 39. Manuskript, 2000.